

Beschluss Ausbau überregionaler Radwege aus Bundesmitteln finanzieren

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 15.10.2022
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

- 1 Wir als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen uns dafür ein, dass der Bund in den nächsten
 - 2 Jahren
 - 3 ausreichend finanzielle Mittel für den Radverkehr vorsieht. Laut Nationalem
 - 4 Radverkehrsplan
 - 5 sind 30 Euro pro Person pro Jahr erforderlich, davon muss der Bund mindestens ein
 - 6 Drittel
 - 7 übernehmen. Perspektivisch streben wir eine Radverkehrsmilliarde an. Dafür müssen in
 - 8 den
 - 9 Jahren ab 2023 der Topf für Radwege an Bundesfernstraßen aufgestockt und
 - 10 insbesondere
 - 11 ausreichend Mittel für das Programm Stadt&Land bereit gestellt werden.
- 7 Radwege an Bundesfernstraßen müssen ebenso wie die Radinfrastruktur in den
- 8 Kommunen schnell
- 9 ausgebaut werden können. Die Kommunen brauchen eine Finanzierungs-Perspektive,
- 10 damit sie die
- 11 Planung von Radverkehrsprojekten aufnehmen oder fortsetzen können. Bund und
- 12 Länder müssen
- 13 die Kommunen bei der Aufgabe des Ausbaus überregionaler Radwege soweit
- 14 unterstützen, dass
- 15 für sie dadurch kein überproportionaler Mehraufwand entsteht.